

R8 : Angesichts der Grossverteiler und Kapitalist*innen : Würde für die Bäuer*innen!

Resolution zuhanden der Jahresversammlung der JUSO Schweiz vom 17. und 18. Februar 2024 in Bern-Bümpliz

*Unterstützer*innen: JSJ und JSVR*

Die Bäuer*innen ganz Europas kämpfen gegen den Preisdruck, die steigenden Anforderungen an sie und die Auswirkungen der Klimakrise. Die konventionelle Landwirtschaft, ausgebeutet von der Agrar- und Ernährungsindustrie, dem Freihandel und der Spekulation, befindet sich in einer Sackgasse. Langfristige Preissenkungen, sowie auch die ständige Ermutigung zur Verschuldung, führen zum Verschwinden zu vieler landwirtschaftlicher Betriebe. Oft sind es die finanziell schlechter gestellten, welche betroffen sind. Die Anzahl grosser Betriebe mit mindestens 30 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche nimmt zu, während die Anzahl der kleinen Betriebe sinkt.¹ Der Befund ist klar: Die konventionelle Landwirtschaft führt zu einem Verlust einer würdigen und respektierten bäuerlichen Welt. Der nötige ökologische und soziale Wandel in unserer Gesellschaft unmöglich, wenn wir innerhalb der alten Schemata weitermachen. Angelehnt an die fünf Schwerpunkte von Swissaid (Bäuerinnen, Biodiversität und Saatgut, verschiedene Einnahmequellen, Anpassung an den Klimawandel, Netzwerke und Wissenstransfer), müsste die Landwirtschaft unbedingt auf Agrarökologie umgestellt werden!² Ausserdem ist es zu bedauern, dass die Landwirtschaft finanziell den orangefarbenen Handelsriesen unterworfen ist.

Die Schweizerische Kleinbauern-Vereinigung äussert Forderungen nach einem fairen Markt und geteilte Gewinnmargen zwischen Produzent*innen und Händler*innen.³ Für sie ist wichtig: « Faire Einkommen für die Bäuerinnen und Bauern und eine Landwirtschaft, die das Klima und die Biodiversität schützt, sind kein Widerspruch. Beide sind unumgänglich, wenn wir die Lebensmittelproduktion langfristig erhalten wollen. » Ausserdem kritisiert sie den Schweiz Bauernverband, dessen Lösungsvorschläge «Alibi-Aktion[en]um die Kontrolle über die Proteste zu behalten» seien, und der sich «vor den Karren der Konzerne spannen [lässt]».

Laut der Confédération Paysanne⁴ muss in Frankreich sofort ein Grundeinkommen für Bäuer*innen eingeführt werden, da der Kern der bäuerlichen Unzufriedenheit aus ihrer Sicht in der Entlöhnung der bäuerlichen Arbeit liegt. Sie fordert daher die Aussetzung aller Verhandlungen für Freihandelsabkommen und unter anderem die

¹ <https://www.agroscope.admin.ch/agroscope/fr/home/actualite/newsroom/2020/exploitations-agricoles-suisse.html>

² Definition Swissaid: «Die Agrarökologie ist unser Werkzeug, um ein nachhaltiges, gerechtes und gesundes Ernährungssystem zu erreichen. Der vielschichtige Ansatz basiert auf natürlichen Kreisläufen, schont die Ressourcen und verringert die Abhängigkeit von externen Faktoren wie chemischen Düngemitteln. Zudem stärkt die Anbauweise den Boden - und schützt so vor Stürmen, Starkregen oder Dürrezeiten.»

³ <https://www.kleinbauern.ch/bauernproteste/>

⁴ <https://confederationpaysanne.fr/actu.php?id=14129>

Einführung von Mindestpreisen, welche die Betriebskosten, die Löhne und Sozialbeiträge der Beschäftigten decken.

Diese Bäuer*innenbewegung für die Würde der Arbeiter*innen muss von der JUSO Schweiz ernstgenommen werden. Daher muss unsere Partei aktiv ihre Forderungen des Positionspapiers, angenommen von der Delegiertenversammlung des 5. Mai 2021, wiederaufnehmen und auf die Vollendung ihrer landwirtschaftspolitischen Vision hinarbeiten. Ihre Kommunikation zu dieser wichtigen sozialen Bewegung muss ausserdem aktiv sein. Die JUSO Schweiz muss in erster Linie fordern:

- Die staatliche Kontrolle der von den Händler*innen erhobenen Margen, damit diese auf einen deutlich niedrigeren Satz als heute gesenkt werden. Ebenso muss der Beitrag, der den Betrieben zufließt, deutlich erhöht werden;
- Die Verteilung der Margen zwischen Landwirt*innen und Händler*innen;
- Die Festlegung von Mindestpreisen für den Aufkauf von Waren von landwirtschaftlichen Betrieben durch die großen Handelsketten sowie von Höchstpreisen für den Weiterverkauf von Lebensmitteln;
- Einen Lohn und somit einen sozialen Schutz für Bäuer*innen;
- Die Erhöhung der mindest-AHV-Rente, um die Lebenssituation der pensionierten Bäuer*innen zu verbessern;
- Die Vereinfachung des Verwaltungsaufwands, der quantitativ gesenkt werden muss, ohne dass dies auf Kosten des ökologischen Schutzes geht;
- Mehr staatliche Begleitung bei den administrativen Schritten, die von den Bäuer*innen verlangt werden
- Den sofortigen Stopp neuer Verhandlungen zu Freihandelsabkommen und die Infragestellung der bereits etablierten;
- Eine massive Erhöhung der staatlichen administrativen und finanziellen Unterstützung beim agrarökologischen Übergang;
- Einen effizienten Schutz landwirtschaftlich genutzter Flächen angesichts der Urbanisierung, des Ausbaus der Autobahnen und der Monopolisierung durch Grossbetriebe;
- Die Einführung einer sozialen und ökologischen Agrar- und Ernährungspolitik

Stellungnahme der Geschäftsleitung: folgt